



150 Jahre: Die Schweizerfahne im Herzen Berlins

www.eda.admin.ch/berlin



Schweiz.

Autor: Paul Widmer, Altbotschafter, Leiter der Aussenstelle Berlin der Schweizerischen Botschaft in der BRD (Bonn) von 1992-1999, und Autor des Buches: Die Schweizer Gesandtschaft in Berlin. Geschichte eines schwierigen diplomatischen Postens. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung 1997.

Impressum

2017

Schweizerische Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland

Otto-von-Bismarck-Allee 4A

10557 Berlin

Deutschland

www.eda.admin.ch/berlin

www.facebook.com/BotschaftSchweizBerlin

twitter.com/CHBotschaftDE

www.instagram.com/botschaftschweizberlin

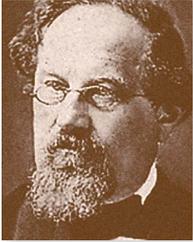
Abbildungsnachweis

Portraitfotos: © EDA, Privatarchive Werner Baumann, Christine Schraner Burgener, Paul Widmer / Fürst-Bismarck-Strasse, S. 7: © Privatarchiv Paul Widmer / Kriegszerstörung, S. 12: © EDA / Schweizerische Gesandtschaft/Botschaft in Köln, S. 16: © W. Hotsch, Wikimedia Commons / CC BY 3.0 / Schweizerische Botschaft in Bonn, S. 16 © A. Savin, Wikimedia Commons / CC BY-SA 3.0 / Schweizerische Botschaft in Ost-Berlin, S. 16: © Bundesarchiv, Bild 183-M0322-0344 / CC BY-SA 3.0 DE / Baustelle Spreebogen, S. 19: © EDA / Schweizerische Botschaft in Berlin heute, S. 19: © EDA / Kanzleramt, Schweizerische Botschaft Berlin, S. 23: © EDA

Am 17. April 1867 war es so weit. Nach längerer Beratung hatte die Schweizer Regierung (der Bundesrat) beschlossen, eine Gesandtschaft in Berlin zu errichten. Leicht war der Entscheid der obersten Landesbehörde nicht gefallen, denn die Schweiz hatte ein gespaltenes Verhältnis zur Diplomatie. Sie empfing zwar seit Jahrhunderten fremde Botschafter und Gesandte bei sich zuhause. Die französische Botschaft in der Schweiz und die Nuntiatur des Papstes gehören zu den ältesten ständigen Missionen in der Welt. Aber sie selbst wollte keine eigenen Diplomaten an die Höfe anderer Mächte schicken. Auf dieses Vorrecht souveräner Staaten verzichtete die Tagsatzung¹ gern. Man erachtete einen eigenen diplomatischen Apparat als zu kostspielig, war einmal Not am Mann, entsandte man eine Sondermission.

Als der neue Bundesstaat 1848 aus der Taufe gehoben wurde, besass die Schweiz gerade zwei ständige diplomatische Vertretungen: eine in Paris und eine in Wien. Dann kam noch Italien hinzu. Mit Berlin waren es nun vier. Der Gesandte oder – wie man in der Schweiz sagte – der Minister sollte ausser am preussischen Königshof auch beim König von Bayern, dem König von Württemberg und dem Grossherzog von Baden akkreditiert werden. Der Bundesrat hatte allerdings Angst vor Querschüssen aus dem skeptischen Parlament. Deshalb war er sehr vorsichtig. Er beschloss, den neuen Posten nur provisorisch zu errichten – eine Taktik, die er schon 1861 bei der Errichtung der Gesandtschaft in Turin angewandt hatte.





Joachim Heer
1867-1868

Warum beschloss der Bundesrat damals, eine diplomatische Vertretung in Berlin zu errichten? Die Idee hatte im Herbst 1866 Gestalt angenommen. Mit dem Sieg Preussens über Österreich bei Königgrätz (in der tschechischen Region Böhmen) hatte sich das politische Schwergewicht in Deutschland vom Süden nach Berlin verlagert. Unter preussischer Führung bildete sich der Norddeutsche Bund, Österreich jedoch wurde aus Deutschland abgedrängt; der Deutsche Bund, in welchem Wien den Vorsitz hatte, aufgelöst. Aus Industriekreisen kam die Anregung, zur Verteidigung der Schweizer Interessen am preussischen Königshof eine Vertretung zu errichten. Als im April 1867 wegen Luxemburg ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland auszubrechen drohte, glaubte auch der Bundesrat genügend Grund zu haben, um ständig am Hof in Berlin vertreten zu sein.

HOLPRIGER ANFANG

Zum ersten Gesandten ernannte der Bundesrat den Landammann (Vorsitzender der Kantonsregierung) und Ständerat² Joachim Heer aus dem Ostschweizer Kanton Glarus. Dieser hatte sich in den Verhandlungen mit dem Deutschen Zollverein als geschickter Unterhändler erwiesen. Aber nicht alles lief wie am Schnürchen. Der gestandene Politiker erklärte, er würde den Posten nur antreten, wenn er auf sein Amt als Landammann nicht verzichten müsse. Der Bundesrat willigte widerstrebend ein und dachte sich wohl, das Sprichwort „Der Appetit kommt beim Essen“ werde auch in diesem Fall seine Gültigkeit haben. Doch dem war nicht so. Kaum war der Gesandte in Berlin angekommen, sehnte er sich schon nach Glarus zurück und im Dezember demissionierte er. Der Bundesrat konnte ihn wenigstens dazu überreden, einige Verhandlungen noch in Sondermission fortzuführen. Aber auch das dauerte nicht lange. Im Mai 1868 warf er den Bettel hin und reiste definitiv aus Berlin ab. Ein verärgertes Bundesrat spöttelte, man bekomme den Eindruck, „das Glarner Stillleben sei das höchste der Gesetze in der Eidgenossenschaft“. Der erste Schweizer Gesandte war eine Fehlbesetzung. Aber seiner politischen Laufbahn schadete das Berliner Intermezzo nicht. Heer wurde 1875 in den Bundesrat gewählt.

Als der scheidende Minister König Wilhelm den Abschiedsbesuch abstattete, soll dieser den Wunsch geäussert haben, die Schweiz möge sich ständig in Berlin vertreten lassen – ein deutlicher Wink, dass der Hof die rare Anwesenheit von Heer mit gemischten Gefühlen vermerkte und sich den Betrieb einer ständigen Vertretung anders vorstellte. Der Nachfolger, Artillerie-Oberst Bernhard Hammer, erfüllte dann den Auftrag. Er richtete eine Gesandtschaft mit Kanzlei und Residenz ein. Da er seinen Posten gut versah, verstummten im Parlament die kritischen Stimmen. Niemand sprach mehr von einem Provisorium. Die Berliner Vertretung hatte sich fest etabliert.

Eine Neigung indes teilte Hammer mit seinem Vorgänger. Auch er schielte auf ein politisches Amt in der Heimat. Gerne hätte er als Ständerat in Solothurn kandidiert. Aber nach den unerfreulichen Erfahrungen mit Heer legte sich Bundesrat Emil Welti quer. Beides zusammen komme nicht in Frage, sagte er. Hammer solle sich entscheiden, was er wolle. So verblieb der Minister auf seinem Posten. Ende 1875 gelang ihm dann – im selben Jahr wie seinem Vorgänger Heer – der Sprung in den Bundesrat. Und nochmals ereignete sich etwas Kurioses. Hammer war ein halbes Jahr lang Bundesrat und Gesandter in Berlin zugleich. Allerdings durfte er nur ein Gehalt beziehen. Aus guten Gründen zog er das des Gesandten vor. Dieses betrug 27 000 Schweizer Franken, jenes eines Bundesrats dagegen nur 13 500 Franken.

Mehrere deutsche König- oder Grossherzogtümer hatten schon vor 1867 einen Gesandten in der Schweiz. Preussen war seit dem Jahre 1805 mit einer offiziellen Gesandtschaft in der Schweiz vertreten, auch wenn die zuständigen preussischen Diplomaten zumeist keinen Wohnsitz in der Schweiz hatten. Die Aussenpolitik wurde über Neuenburg und das mit ihm verbündete Bern abgewickelt. Im Dezember 1856 brach Preussen die diplomatischen Beziehungen mit der Schweiz ab (in Folge des Aufstandes von Neuenburg). Sie wurden 1857 dank Vermittlung von Napoleon III. wieder aufgenommen. Zwischen 1859 und 1871 war dann ein bevollmächtigter Minister Preussens und des Norddeutschen Bundes in Bern akkreditiert.

WOHLBESTALLT AM KAISERHOF

Anfang 1877 übernahm der Regierungs- und Ständerat des Kantons Appenzell Ausserrhodens, Arnold Roth die Gesandtschaft. Man kann den Appenzeller als den ersten Schweizer Berufsdiplomaten bezeichnen. Er war diplomatisch vorgebildet. Ehe er in die Politik seines Heimatkantons eingestiegen war, hatte er mehrere Jahre in Paris als Gesandtschaftssekretär gedient, dann leitete er im „Politischen Departement“ (d.h. das heutige Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten) das Sekretariat. In der deutschen Hauptstadt fühlte sich Roth ausserordentlich wohl. Er versah den Berliner Posten länger als jeder andere Diplomat, volle 27 Jahre. Mehrmals wollten ihn die Liberalen zu einer Bundesratskandidatur bewegen. Roth winkte stets ab. „Ich habe“, meinte er, „hier ein Arbeitsfeld gefunden, welches mir für die Dauer unstreitig in jeder Beziehung besser angepasst ist, als meine frühere Wirksamkeit in meinem Duodezkanon und in dem militanten Kleinleben der schweizerischen Politik.“

Eitel Sonnenschein war das Diplomatleben in Berlin allerdings auch für ihn nicht. Die Auseinandersetzungen mit Bismarck wegen preussischen Spitzeln und emigrierten Sozialisten setzten ihm zu. Er beklagte sich über Appetit- und Schlaflosigkeit und sprach von „einer ekelhaften Periode“. Nach dem Rücktritt des Reichskanzlers atmete er sichtlich auf. Seine Sympathien galten ohnehin Kaiser Wilhelm II. In der Berliner Gesellschaft und am Hof nahm Roth eine herausragende Stellung ein. Als er 1904 in seinem Amt verstarb, betrauerte ihn der Kaiser als einen Freund, er sei „ihm persönlich nahe gestanden, näher als wohl ein fremder Gesandter je einem Souverän gestanden hatte.“

Nach Roth schlug die Gesandtschaft unter dem Genfer Berufsdiplomaten Alfred de Claparède eine leise Gangart ein. Unauffällig erfüllte der Genfer seine Pflicht. Das hatte Vorteile, aber auch gewisse Nachteile. Berlin spielte bei der Formulierung der eidgenössischen Aussenpolitik damals keine wichtige Rolle – etwa im Gegensatz zur Gesandtschaft in Paris. Bei der gereizten Stimmungslage zwischen der deutsch- und der französischsprachigen Bevölkerung in der Schweiz wirkte sich indes die Zurückhaltung verdienstvoll aus. Der Gesandte versuchte nicht, den Bundesrat im Sinne der deutschen Regierung zu beeinflussen und den innereidgenössischen Konflikt noch anzuheizen.

Als Höhepunkt fiel in de Claparèdes Amtszeit der Kaiserbesuch von 1912. Dieser grösste aller Staatsbesuche hat sich tief ins Gedächtnis der Schweizer eingepägt. Allerdings dauerte es lange, bis er zustande kam. Heute erfolgen Staatsbesuche aufgrund von Einladungen, damals musste der Kaiser ihn sozusagen erbetteln. Schon 1903 hatte Wilhelm II. angedeutet, dass er gern die Schweiz besuchen würde. Statt freudig darauf zu reagieren, antwortete der Bundesrat in fast rüdem Ton. Er liess ausrichten, der Kaiser möge, wenn er einen solchen Wunsch habe, die Schweizer Regierung auf diplomatischem Weg anfragen. Als sich 1911 die Anzeichen verdichteten, dass das Deutsche Reich eine offizielle Anfrage stellen werde, erbat de Claparède Instruktionen. Er wollte wissen, wie er sich zu verhalten hätte. Doch der Bundesrat blieb sich treu. Republikanisch trocken meinte er, die Landesregierung würde einen offiziellen Besuch begrüssen, selber aber keine Einladung aussprechen. Ein solcher Bescheid musste in den Ohren einer Majestät etwas seltsam geklungen haben.

TURBULENTE WEIMARER REPUBLIK

Nach de Claparèdes Rücktritt brachen auf der Gesandtschaft – wie auch in der deutschen Politik – turbulente Zeiten an. Innerhalb von bloss fünf Jahren lösten fünf Gesandte einander ab. Einer davon war der Zürcher Robert Haab, ein Generaldirektor der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB). Er trat sein Amt im Februar 1917 an. Auf Jahresende hin wurde er – als letzter aus der Reihe der Berliner Gesandten – in den Bundesrat gewählt. Mit dem Herzen war Haab freilich nie in Berlin angekommen. Er verblieb in der SBB-Generaldirektion und liess sich dort lediglich beurlauben. Das hinderte ihn aber nicht daran, an der Generalversammlung teilzunehmen.

Anders war es mit Alfred von Planta. Der Schlossherr von Reichenau war nach seinem Nationalratspräsidium im Jahr 1914 in die Diplomatie übergetreten. Der Bundesrat ernannte ihn zum Missionschef in Rom. Ihn drängte es jedoch nach Berlin. Das war sein Traumposten. Aber der Bundesrat wollte die Versetzung nicht während des Krieges vornehmen. So konnte von Planta die Gesandtschaft erst im Oktober 1919 übernehmen. Der Bündner war ein kluger Berater und äusserst fleissig. Fast täglich schrieb er einen politischen Bericht. Seinem Nachfolger erteilte das Politische Departement den Rat, von Planta in allem nachzueifern – nur nicht in der Berichterstattung. Denn so viele Informationen könne man an der Zentrale nicht verarbeiten.



Alfred von Planta
1919-1922



Die Fürst-Bismarck-Strasse (heute Otto-von-Bismarck-Allee) mit der neuen Gesandtschaft. Aufnahme von 1920

Der Name des Bündners ist indes vornehmlich mit dem Kauf der Liegenschaft an der Otto-von-Bismarck-Allee im Spreebogen verbunden. Mit unglaublicher Eile erledigte er das Geschäft. Nicht einmal drei Monate nach seiner Ankunft war der Kaufvertrag schon unterzeichnet. Am 15. Oktober 1919 kaufte die Eidgenossenschaft vom Industriellen und Kunstsammler Erich Kunheim das klassizistische, vom Architekten Friedrich Hitzig entworfene und von Paul Baumgarten umgebaute Stadtpalais im vornehmen Alsenviertel. Es diente als Residenz des Gesandten und als Kanzlei. Bis heute hat die Schweizerische Botschaft ihren Sitz an dieser einzigartigen Lage im Regierungsviertel. Von Planta war nur eine kurze Amtszeit in Berlin beschieden. Im Februar 1922 eilte er ans Krankenbett seines

Sohnes in Davos. Doch als er dort ankam, konnte er nur noch den toten Sohn in seine Arme nehmen. Das brach ihm das Herz. Zwei Tage hernach verstarb er selbst.



Hermann Rüfenacht
1922-1932

Als Hermann Rüfenacht, bisher Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung, im Herbst 1922 die Mission übernahm, lag die deutsche Wirtschaft, zerrüttet von einer Hyperinflation, am Boden. Als er zehn Jahre danach Berlin verliess, war es kaum besser. Deutschland war in den Schlund der Weltwirtschaftskrise geraten. Dazwischen lagen allerdings die Goldenen Zwanzigerjahre. Das Ehepaar Rüfenacht blühte im pulsierenden Berliner Gesellschaftsleben voll auf. Es repräsentierte im grossen Stil und gab im herrlichen Ballsaal rauschende Feste. Der begüterte Bernburger³ griff dafür tief in seine Privatschatulle. Die ganze Haute Volée folgte gern den Einladungen, namentlich auch Aussenminister Gustav Stresemann. Dessen Frau war wie die Hausherrin eine begeisterte Tänzerin – wesentlich mehr als ihr Gemahl. Dieser musste öfter pausieren und setzte sich dann mit dem Gastgeber in eine ruhige Ecke. So war der Schweizer Gesandte stets bestens über die offizielle deutsche Politik informiert und sandte kluge politische Berichte nach Bern.

Auf Rüfenacht folgte Paul Dinichert. Der kleine drahtige Mann war – wie seither alle Missionschefs in Deutschland – ein Berufsdiplomat. Jahrelang hatte er im Politischen Departement als Chef der Abteilung für Äusseres die Spitzenposition inne. Seine Amtszeit in Berlin sollte sehr schwierig werden. Als er im Herbst 1932 ankam, drangen die Nationalsozialisten ungestüm an die Macht. Dinichert war ein entschiedener Gegner der Nazis. Das war in Bern bekannt. Und es dauerte nicht lange, bis auch ganz Berlin es wusste. Die Folgen davon blieben nicht aus. In Regierungskreisen schnitt man ihn, wo man nur konnte. Er wurde bloss von untergeordneten Beamten empfangen. Bald beklagten sich in der Schweiz alle: die Wirtschaft, die Politik, die Presse. Was nütze ein Diplomat in Berlin, der zu den Machthabern keinen Zugang habe, hiess es. Und die Kritiker verlangten, der Bundesrat müsse den Missionschef auswechseln. Unbeabsichtigt spielten sie den Nazis in die Hände. Denn diese wollten den aufmüpfigen Gesandten noch so gern loswerden. Diesem Druck von innen und aussen gab der Bundesrat nach längerem Widerstand nach. Im Hinblick auf wichtige Wirtschaftsverhandlungen musste Dinichert 1938 seinen Platz räumen.

DER UMSTRITTENSTE DIPLOMAT: HANS FRÖLICHER

Zum neuen Gesandten ernannte der Bundesrat einen Mann, von dem er annehmen durfte, dass er mit den tonangebenden Kreisen in Berlin umzugehen wisse. Er hiess Hans Frölicher, war ein enger Mitarbeiter von Bundesrat Motta und stammte aus grossbürgerlichen Verhältnissen. Von 1932 bis 1936 war er schon in Berlin auf Posten gewesen, damals als Erster Mitarbeiter von Rüfenacht. Der Bundesrat wusste, dass Frölicher in Berlin über gute Kontakte verfügte und, ohne ein Nazi-Sympathisant zu sein, äusserst deutschfreundlich eingestellt war. Die Landesregierung bewertete dies als eindeutiges Plus.



Hans Frölicher
1938-1945

Der gesellige Frölicher kam der Instruktion, freundliche Beziehungen nach allen Seiten zu pflegen, voll nach. Seine Devise war, mit den Wohlgesinnten die praktischen Fragen zu regeln und mit den andern die Schwierigkeiten zu meiden. Das gelang ihm leidlich gut, hauptsächlich mit der Wirtschaftselite. Er traf oft mit Reichswirtschaftsminister Walther Funk, mit dessen Vorgänger Hjalmar Schacht und mit Staatssekretär Ernst von Weizsäcker zusammen. In die innersten Machtzirkel des Naziregimes drang er allerdings nicht vor. Ein Hitler, ein Göring, ein Goebbels oder andere Granden des Regimes hätten nie ihren Fuss in die Residenz gesetzt. Sie pflegten, ausser mit wenigen Vertretern von Grossmächten, keinen Umgang mit Diplomaten. Frölichs Kontaktnetz wurde freilich nicht überall goutiert. Dinichert hat man kritisiert, weil er zu wenig Zugang zu den Machtzirkeln hatte, seinem Nachfolger warf man gerade das Gegenteil vor.

Frölicher ist der umstrittenste Diplomat in der Schweizer Geschichte. Aber er hatte auch den schwierigsten Posten zu versehen, den die Schweiz je zu vergeben hatte. Er musste freundschaftliche Beziehungen mit einem Verbrecherregime pflegen, von dessen Wohlwollen oder Duldung die Existenz der Schweiz abhing. Wie hat er seinen Auftrag ausgeführt? Man kann ihm Vorwürfe nicht ersparen. Immer wieder hat er dem Bundesrat in den ersten Kriegsjahren empfohlen, den deutschen Forderungen nach grosszügigen Wirtschaftskrediten und nach Einschränkung der Pressefreiheit in der Schweiz um des Überlebens willen entgegenzukommen. Nie hätte er zum Widerstand

geraten. Auf der gleichen Linie unterstützte er die frontistisch inspirierte „Eingabe der Zweihundert“⁴ oder die neutralitätsrechtlich unzulässigen Schweizer Ärztemissionen an der Ostfront (1941-1943).

Aber man muss nuanciert urteilen. Man sollte fragen: Wie hat Frölicher seinen Auftrag beim akkreditierten Staat erfüllt, und wie hat er die eigene Regierung beraten? Die Antwort lautet dann: Der Minister betrieb eine kluge Politik in Berlin, aber eine schlechte in Bern. Der Schweiz hätte ein Diplomat, der seine Aufgabe in der Reichshauptstadt im gefährlichsten aller Zeitabschnitte falsch angegangen wäre, zum Verhängnis werden können. Frölichs Auftrag in Berlin bestand darin, Öl auf die Wogen – und nicht ins Feuer - zu giessen. Das hat er getan. Nie hat er mit einer unbedachten Äusserung die Schweiz zusätzlich gefährdet. Das ist im Vergleich zu einigen Kollegen nicht wenig.

Verfehlt war jedoch der Nachdruck, den er den Forderungen des Naziregimes bei seiner eigenen Regierung verlieh. Hätte der Bundesrat Frölichs Empfehlungen im Sommer 1940 unbesehen befolgt, die Auswirkungen hätten verheerend sein können. Über jene Souveränität des Denkens und Handelns, die nötig gewesen wäre, um die harten Schläge in Berlin einzustecken, diese aber nur dosiert an den Bundesrat weiterzuleiten, verfügte Frölicher nicht. Eine vom Krieg verschonte Schweiz darf indes anerkennen, dass er immerhin jenen Teil des Auftrags, den nur er vor Ort im Umgang mit den Machthabern wahrnehmen konnte, nicht schlecht ausgeführt hat.

Die Gesandtschaft hatte im Krieg sehr viel zu tun. Zu den bilateralen Angelegenheiten kamen noch die vielen Schutzmandate hinzu. Länder, die miteinander Krieg führen, brechen die diplomatischen Beziehungen ab und betrauen einen Drittstaat mit der Vertretung ihrer unabdinglichen Interessen. Man nennt diesen Zweig der Diplomatie die sogenannten Guten Dienste. Die Schweiz erbringt sie seit dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71. Im grossen Stil waren diese Dienste aber erst im Ersten Weltkrieg gefragt, auch in Berlin. Und im Zweiten Weltkrieg erreichten sie den Höhepunkt. Die Schweiz vertrat in der Reichshauptstadt die Interessen von 25 Staaten, darunter jene von Grossbritannien und den Vereinigten Staaten. Die Abteilung für Schutzmachtangelegenheiten quartierte sich in der leerstehenden amerikanischen Botschaft am Pariser Platz ein, und in der britischen Botschaft nebenan bezogen mehrere Mitarbeiter ihre Unterkunft. Der Mitarbeiterstab in dieser Abteilung schwoll in Berlin zeitweilig auf über 150 Personen an.



Das weitgehend unversehrte Gebäude der Schweizerischen Gesandtschaft während des Endkampfes um Berlin. Die Sowjetische Armee benutzte das Gebäude als Ausgangspunkt für ihren Sturm auf den Reichstag am 30. April 1945.

Das Leben im kriegszerstörten Berlin war gefährlich. Im Sommer 1943 begann die Gesandtschaft, Ausweichquartiere in der Umgebung zu beziehen. Die Amerikaner hatten ihr geraten, das Zentrum von Berlin zu verlassen, da Bombenangriffe bevorstünden. Die Arbeit verrichtete das Personal jedoch weiterhin in der Stadtmitte. Uniformierte Postauto-Chauffeure fuhren die Mitarbeiter hin und her. Die Warnung war nicht grundlos erfolgt. In den schweren Luftangriffen vom November 1943 wurde das ganze Alsenviertel in Schutt und Asche gebombt. Nur dank dem beherzten Eingreifen des Hauswirts konnte das Übergreifen des Feuers von den Nachbarhäusern verhindert werden. Seit diesen Novembertagen war die Gesandtschaft das einzige bewohnbare Haus im Spreebogen.

Das Gebäude hatte noch einem anderen Feind widerstanden: Albert Speer. Hitlers Stararchitekt hatte den Auftrag gefasst, im Spreebogen eine grössenwahnsinnige Halle des deutschen Volkes zu bauen. Das ganze Alsenviertel sollte weichen. Auch für die Schweiz war ein neues Palais im südlichen Tiergarten vorgesehen. Der Rohbau stand schon zu Kriegsbeginn. Frölicher verzögerte jedoch den Innenausbau, da er nicht umziehen wollte. In den höllischen Luftangriffen vom November 1943 wurde der Neubau völlig zerstört.

Trotz aller Vorsichtsmassnahmen hatte auch die Schweizer Diplomatie ihre Kriegsoffer zu beklagen. Im Vorort Kladow kam die Mitarbeiterin Margarete Wyss in einer Bombennacht ums Leben und auf Bismarcks Schloss Friedrichsruh bei Hamburg wurden Honorarkonsul Adolf Zehnder und dessen Gattin Opfer eines Tieffliegerangriffs. Gegen Kriegsende spitzte sich die Lage noch zu. In Elbing erschossen die Russen, als sie im Januar 1945 Ostpreussen überrannten, den Schwiegersohn des Honorarkonsuls. Verzweifelt fragte Vizekonsul Charles Brandenburg die Gesandtschaft in Berlin an, ob die Mitarbeiter des Konsulats wirklich in dieser hoffnungslosen Lage vor Ort ausharren müssten. Die Antwort lautete: Wie die Gesandtschaft in Berlin nicht weiche, so dürfe auch die Vertretung in Elbing die Schweizer in Ostpreussen nicht im Stich lassen. Es sollte der letzte Kontakt mit der Aussenstelle sein. Kurz danach wurde Brandenburg von Rotarmisten verschleppt. Er kam erst nach einem Jahr wieder frei.

KRIEGSENDE UND ABTRANSPORT NACH MOSKAU

Als der Zusammenbruch des Dritten Reiches nur noch eine Frage von Tagen war, verschob das Auswärtige Amt seinen Sitz nach Süddeutschland. Frölicher erhielt die Instruktion, dem Ministerium zu folgen. Den Rumpfbestand der Gesandtschaft in Berlin leitete Geschäftsträger Alfred Zehnder. Am 21. April setzten die Russen zum Sturm auf Berlin an. Die meisten Schweizer Diplomaten erwarteten die Eroberung mit Bangen im Ausweichquartier in Kladow. Einige Freiwillige wollten jedoch die Gesandtschaft nicht verlassen. Sie harrten dort aus. Am 28. April stürmte die Rote Armee über die halb zerstörte Moltke-Brücke in den Spreebogen. Ein Stosstrupp drang auch in die Schweizer Liegenschaft ein. Dann errichtete die 150. Division dort ihr Hauptquartier und bereitete den Angriff auf den Reichstag vor. Dieser erfolgte hauptsächlich aus dem Osten, der Nebenangriff aus dem Westen wurde aber aus der besetzten Gesandtschaft heraus geleitet.

Die Bewohner des Hauses wurden in den Keller abgedrängt. Im fensterlosen Verlies waren über ein Dutzend Leute bis zum Kriegsende eingepfercht. Sie erlebten Schlimmes, hörten auch Schreie, die durch Mark und Bein gingen. Diese stammten von deutschen Heckenschützinnen, die die Russen im Reichstag geschnappt hatten und im Hof der Gesandtschaft erschossen. Dann, Mitte Mai, wurden die Kellerbewohner wie auch die in Kladow einquartierten Schweizer zum Bahnhof Berlin-Lichterfelde beordert und in einem Zug nach Moskau abtransportiert. Nach einer zweimonatigen Odyssee, die von Berlin nach Moskau und dann über den Kaukasus nach Istanbul führte, kamen die Verschleppten Mitte Juli heilfroh in Bern an. Da die Schweiz damals keine diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion pflegte, fühlte sich Moskau nicht verpflichtet, den Schweizern diplomatischen Schutz zu gewähren.

ENDE UND NEUANFANG

Am 8. Mai 1945 berief der Bundesrat Frölicher ab und hob die Gesandtschaft auf. Nach dem Untergang des Deutschen Reiches war das besetzte Deutschland kein souveräner Staat mehr. Es war nur noch, wie Bundesrat Max Petitpierre meinte, „eine geografische Bezeichnung“. Folglich konnte man auch keine diplomatischen Beziehungen mehr pflegen. Was sollte nun geschehen? Das war vorerst ungewiss. Die Lage wurde noch dadurch verkompliziert, dass sich die sowjetische Besatzungszone immer mehr von den westlichen Besatzungszonen abspaltete.

Das Gebäude an der Otto-von-Bismarck-Allee, das im britischen Sektor lag, blieb allerdings nicht lange leer. Mitte Juli 1945 erreichte ein Hilferuf der Schweizerkolonie den Bundesrat. Dieser beschloss, eine Heimschaffungsdelegation, die der geschickte Diplomat François de Diesbach leitete, an die Spree zu schicken. In einer ersten Phase sollte sie den Tausenden von rückkehrwilligen Schweizern helfen. Es handelte sich vor allem um Bauern aus dem Osten, die bis zuletzt gehofft hatten, auf ihrer Scholle verbleiben zu können. In einer zweiten Phase konzentrierte sie sich darauf, den in Berlin und der Sowjetzone ansässigen Landsleuten beizustehen und die Beziehungen zur sowjetischen Besatzungsmacht zu pflegen. Daneben half sie, wie auch die Generalkonsulate in den andern Teilen Deutschlands, bei der Verteilung der grosszügigen Schweizer Spende in der Höhe von 200 Millionen Franken für die kriegsgeschädigte Bevölkerung.

Aber eine Delegation zu schicken war nicht so einfach. Die Schweiz benötigte das Einverständnis der Alliierten. Die Amerikaner und die Briten willigten ein, die Sowjetunion dagegen blockierte. Erst als sich der Bundesrat bereit erklärte, sowjetische Militärinternierte, die während des Kriegs in die Schweiz geflüchtet waren, auszuliefern, war die Sowjetunion bereit, die Heimschaffungsdelegation zu dulden. Doch eine förmliche Akkreditierung beim Alliierten Kontrollrat liess sie nicht zu. Der abschlägige Bescheid hatte rechtlich grosse Auswirkungen. Die Schweizer Delegation stand von 1945-1973, als die Delegation in ein Generalkonsulat umgewandelt wurde, juristisch auf wackligen Füßen. Immer wieder kam es zu Schwierigkeiten im Umgang mit der sowjetischen Militäradministration. Doch die Vertretung versuchte, die praktische Arbeit so gut als möglich zu erledigen.

Unterdessen zeichnete sich jedoch ab, dass sich der Schwerpunkt in Deutschland nach Westen verlagern würde. Ende 1949 errichtete die Schweiz bei der „Alliierten Hohen Kommission“ in Bonn eine diplomatische Mission. Dagegen hielt sie es nicht für angebracht, die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik, beide kurz zuvor gegründet, offiziell anzuerkennen. Noch 1950 vertrat das Politische Departement die Ansicht, weder die BRD noch die DDR seien souveräne Staaten. Denn die oberste Gewalt werde von den Besatzungsbehörden ausgeübt. Es empfehle sich daher, zu den Behörden von beiden Staatsgebilden faktische Beziehungen zu unterhalten, um die schweizerischen Interessen zu wahren, eine Gesandtschaft jedoch könne man bei keiner der beiden Regierungen errichten.



Schweizerische Gesandtschaft in der BRD,
später Botschaft in der BRD in Köln, Villa
Bayenthalgürtel 15



Schweizerische Botschaft in der DDR in
Berlin (Ost), Esplanade 21



Ehemaliges Gebäude der Schweizerischen
Botschaft in der BRD in Bonn, Gotenstrasse 156

ZWISCHEN BONN UND BERLIN (OST)

Erst im März 1951 war für den Bundesrat der Zeitpunkt gekommen, um mit der Bundesrepublik offizielle diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Er errichtete in Köln eine Gesandtschaft und ernannte Albert Huber zum bevollmächtigten Minister. Im Jahr 1957 wertete er die Gesandtschaft zu einer Botschaft auf, und 1977, als nur noch wenige an eine Wiedervereinigung glaubten und der provisorische Bonner Regierungssitz immer mehr Züge einer Hauptstadt annahm, verlagerte er die Botschaft von Köln nach Bonn.

Die Lage in Berlin dagegen wurde immer schwieriger. Nachdem die Schweiz die BRD anerkannt hatte, auf entsprechende Gesuche der DDR aber nicht einging, versteifte sich die Haltung des Regimes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Und mit dem Mauerbau vom August 1961 konnte sich die Delegation ausserhalb von Westberlin nicht mehr frei bewegen. Die Situation verbesserte sich erst, als zwischen den Grossmächten ein politisches Tauwetter einsetzte. Dieses schlug sich im Vier-Mächte-Abkommen über Berlin von 1971 nieder, das seinerseits den Deutschen grünes Licht gab, um ihre Angelegenheiten im Grundlagenvertrag⁵ zu regeln. Darauf eröffnete die Schweiz 1973 in der DDR eine Botschaft und wandelte die Delegation in Berlin in das um, was sie faktisch längst schon war: ein Generalkonsulat für das eingeschlossene Westberlin. So sollte es bleiben bis zur deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurde die Botschaft in Berlin (Ost) aufgehoben. Denn die Grundlagen für eine diplomatische Vertretung waren nicht mehr gegeben.

ZURÜCK IN DEN SPREEBOGEN

Als der Deutsche Bundestag am 20. Juni 1991 beschloss, Berlin solle wieder Regierungs- und Parlamentssitz sein, wandelte die Schweiz das Generalkonsulat 1992 in eine Aussenstelle der Botschaft um. Diese sollte namentlich die Rückkehr der Botschaft nach Berlin vorbereiten. Denn der Bundesrat hatte beschlossen, den offiziellen Sitz der Schweiz wieder im angestammten, aber um einen Neubau ergänzten Stadtpalais im Spreebogen aufzuschlagen. Aus einem Wettbewerb zur Neukonzeption des Gebäudes ging das Basler Büro Diener & Diener als Sieger hervor.

1999 war es dann so weit. Gleichzeitig mit Bundestag und Regierung zog die Botschaft am 1. August nach einem fünfzigjährigen Zwischenspiel am Rhein nach Berlin um. Und im Jahr 2000 kehrte sie nach einem einjährigen Provisorium wieder dort ein, wo sie unter verschiedenem Status seit den Anfängen der Weimarer Republik durch all die turbulenten Zeiten ausgeharrt hatte: in ihre eigene Liegenschaft im Spreebogen. Lag diese ursprünglich in einem noblen Viertel im Herzen von Berlin, dann nach dem Zweiten Weltkrieg in einem desolaten Winkel am Rand von Westberlin, so ist sie nun zu einem Solitär in beneidenswerter Lage zwischen Bundeskanzleramt und Reichstag geworden.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland waren in den 150 Jahren ihrer Existenz immer wichtig, aber nicht immer einfach. Heute sind sie mit der Bundesrepublik, unserem grössten Nachbarstaat, ausgesprochen freundschaftlich. Mit keinem andern Land pflegen wir so viele menschliche, kulturelle und wirtschaftliche Kontakte. Aus keinem anderen Land importiert die Schweiz so viel wie aus Deutschland, und in kein anderes Land exportiert sie so viel wie dorthin.

Dieses dichte Beziehungsnetz erfasst auch die politische Zusammenarbeit. Diese ist eng – bis auf die allerhöchste Ebene hinauf. Seit der Gründung der Bundesrepublik hat die Schweiz fast jeden deutschen Bundespräsidenten zu einem offiziellen Staatsbesuch empfangen. Nur bei einem hat es wegen dessen frühzeitigem Rücktritt nicht gereicht. Diese Gesten der Freundschaft symbolisieren auf ihre Art, was die Botschaft in Berlin durch ihre Lage zum Ausdruck bringt: die vorbildlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik, dem besten Deutschland, das es je gab.

¹ Die Tagsatzung war in der Schweiz bis 1848 die Versammlung der Abgesandten der Orte (Kantone) der Alten Eidgenossenschaft. Sie besass sowohl exekutive wie auch legislative Kompetenzen, allerdings war ihre Macht sehr beschränkt, da die meisten Kompetenzen bei den Kantonen lagen.

² Der Ständerat ist die kleine Kammer des Schweizer Parlaments und besteht aus 46 Mitgliedern, den Kantonsvertretern, die ebenfalls Ständeräte/Ständerätinnen genannt werden.

³ Angehöriger der Burgergemeinde Bern (Stadt Bern)

⁴ Die Eingabe der Zweihundert wurde am 15.11.1940 an den Bundesrat gerichtet und rief zur Wahrung der Neutralität auf, forderte aber v.a. im Pressewesen eine verstärkte Anpassung an das nationalsozialistische Deutschland (Zensur). Die Erstunterzeichner stammten aus dem Umfeld des 1921 gegründeten germanophilen Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz. Die Eingabe wurde von 173 Personen aus rechtsbürgerlichen akademischen, politischen und wirtschaftlichen Kreisen unterschrieben, darunter 80 Offizieren.

⁵ Der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurde am 21. Dezember 1972 geschlossen, am 11. Mai (Bundesrepublik) bzw. 13. Juni 1973 (DDR) ratifiziert und trat am 21. Juni 1973 in Kraft.



Der Spreebogen während des Baus des neuen Regierungsviertels 1997. In der linken Bildhälfte ist das Gebäude der Botschaft zu sehen.



Die Schweizerische Botschaft in Berlin an der Otto-von-Bismarck-Allee 4a inklusive neuem Anbau heute



1867-1868
**Joachim
Heer**
Minister



1871-1876
**Bernhard
Hammer**
Minister



1876-1904
**Arnold
Roth**
Minister



1904-1917
**Alfred
de Claparède**
Minister



1917
**Robert
Haab**
Minister



1917-1919
**Philippe
Mercier**
Minister



1919-1922
**Alfred
von Planta**
Minister



1922
**Gaston
Carlin**
Minister



1922-1932
**Hermann
Rüfenacht**
Minister

VERTRETER DER SCHWEIZ
IN DEUTSCHLAND SEIT

1867

BERLIN
KÖLN / BONN
BERLIN OST

Heimschaffungsdelegation



1932-1938
**Paul
Dinichert**
Minister



1938-1945
**Hans
Fröhlicher**
Minister



1945-1949
**Francois de
Diesbach**
Delegierter/
Legationsrat



1949-1954
**Felix
Schnyder**
Legationsrat



1954-1960
**Hans
Lacher**
Legationsrat



1960-1963
**Andres
Frieder Heiner**
Legationsrat



1964-1969
**Max
Corti**
Botschaftsrat



1969-1971
**Marcel
Luy**
Minister



1971-1973
**Pierre
Dumont**
Minister

Gesandtschaft in der BRD

KÖLN / BONN

Diplomatische
Vertretung
bei der
Alliierten
Hohen
Kommission
in Bonn

in Köln

Botschaft in der BRD in Köln



1949-1951
**Albert
Huber**
Minister



1951-1957
**Albert
Huber**
Minister



1957-1958
**Albert
Huber**
Botschafter



1959-1964
**Alfred
Escher**
Botschafter



1964-1969
**Max
Troendle**
Botschafter

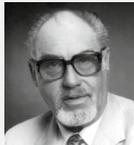


1969-1975
**Hans
Lacher**
Botschafter

Zum Begriff «Minister»: Früher bezeichnete man den Chef einer diplomatischen Vertretung eines mittleren oder kleineren Staates als «Gesandter». In der Schweizer Diplomatie wird der Titel «Gesandter» nicht gebraucht; stattdessen spricht man von «Minister».

Generalkonsulat


1973-1978
Max
Meier
Generalkonsul



1978-1984
Walter-Charles
Wild
Generalkonsul



1984-1989
Ernest
Sunier
Generalkonsul



1989-1992
Edwin
Trinkler
Generalkonsul



1992-1999
Paul
Widmer
Minister



1999-2002
Thomas
Borer
Botschafter



2002-2006
Werner
Baumann
Botschafter



2006-2010
Christian
Blickenstorfer
Botschafter



2010-2015
Tim
Guldemann
Botschafter

**Aussenstelle
der Botschaft**
Botschaft
Botschaft in der BRD in Bonn


1975-1981
Michael
Gelzer
Botschafter



1981-1987
Charles
Müller
Botschafter



1987-1991
Alfred
Hohl
Botschafter



1992-1999
Dieter
Chenaux-Repond
Botschafter

BONN
**Botschaft
in der DDR**


1973-1977
Hans
Miesch
Botschafter



1977-1982
Friedrich
Schnyder
Botschafter



1982-1987
Peter
Dietschi
Botschafter



1987-1990
Franz
Birrer
Botschafter

BERLIN OST

 **BERLIN**
 **KÖLN / BONN**
 **BERLIN OST**

2017



BERLIN

seit 2015
**Christine
Schraner
Burgener**
Botschafterin





Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Schweizerische Botschaft in der
Bundesrepublik Deutschland**



1867
—
2017

SCHWEIZER
VERTRETUNG
IN BERLIN